



Kein Weiter So und Kein Zurück

Unsere Forderungen an ein Corona-Erholungsprogramm für Mensch und Natur



Im Folgenden formuliert der NABU seine Anforderungen an die politische Ausgestaltung von Corona-Erholungsmaßnahmen für die Wirtschaft und macht Vorschläge für konkrete Maßnahmen, die zu einer gesunden, grünen und sicheren Zukunft beitragen. Oberstes Ziel muss es sein, dass der dringend notwendige Wandel in der Wirtschaftspolitik sozial gerecht, naturverträglich und krisensicher gestaltet wird. Alle Maßnahmen müssen dabei diesen Grundsätzen entsprechen:

1. Der erforderliche Wandel zu Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit in zentralen Politikbereichen wie der Mobilitäts-, Agrar- und Energiepolitik muss durch die Maßnahmen vorangetrieben werden.
2. An den globalen und europäischen Umwelt- und Klimazielen wie dem Pariser Klimaschutzabkommen, der globalen Biodiversitätskonvention und den weltweiten Nachhaltigkeitszielen, wie auch dem europäischen „Green Deal“ wird festgehalten. Keine geförderte Maßnahme darf ihnen entgegenlaufen.
3. Politik und Behörden auf Bundes- und Landesebene müssen dafür selbst stringent und vorbildhaft handeln. Für die Privatwirtschaft muss ein ambitionierter und verlässlicher Rahmen für nachhaltiges Handeln geschaffen werden.

Einleitung

Schwer Erkrankte und Tote, weitreichende Kontaktbeschränkungen, geschlossene Geschäfte, Homeoffice, Kinderbetreuung zuhause, überlastetes medizinisches Personal, Gesichtsmasken – Corona hat das Leben auf der ganzen Welt auf den Kopf gestellt. Plötzlich stellen wir fest, was „systemrelevant“ im gesellschaftlichen Kontext bedeutet und welche Berufsgruppen für unseren Alltag von großer Bedeutung sind. Solidarität wird in diesen Tagen zur weltweiten Überlebensstrategie. Oft weiß man die Dinge, die man hat, erst dann zu schätzen, wenn sie einem genommen werden: sich frei bewegen zu dürfen, Freunde und Familie zu treffen wann man möchte, gemeinsam Feste zu feiern. Die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens in Deutschland – die Demokratie und unsere Freiheitsrechte – werden gerade stark beansprucht.

Kontakt

NABU-Bundesverband

Tizia Labahn
Pressesprecherin

Tel. +49 (0)30.28 49 84-1510
tizia.labahn@NABU.de

Es darf kein Weiter So und kein Zurück geben. Wir müssen jetzt aus den Erfahrungen der weltweiten Corona-Krise Lehren ziehen und die Zukunft sozial gerecht und naturfreundlich gestalten.

Die Corona-Krise ist ein Beispiel dafür, dass Krisen gerade die Schwächsten einer Gesellschaft besonders hart treffen. Dies gilt vor allem in den ärmsten Ländern der Welt, aber auch bei uns in Deutschland. Hier unterscheiden sich die Corona-Folgen nicht von den Folgen der Klimakrise und dem Verlust unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Politik und Gesellschaft haben die unbedingte Verantwortung, Krisen rechtzeitig und unter Abwägung wissenschaftlicher Erkenntnisse vorzubeugen oder zu bewältigen. Dies schließt die Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit gerade in Krisenzeiten ein.

Unser Wirtschafts- und Wohlstandsmodell mit seinem riesigen Ressourcenverbrauch hat dazu geführt, dass die ökologischen Grenzen des Planeten bereits jetzt vielfach überschritten sind: Die Zerstörung der Natur erhöht auch das Risiko von Pandemien. Der Verlust an Artenvielfalt gefährdet die Ernten. Die Erderwärmung untergräbt die Entwicklungschancen der Ärmsten und heizt die Migration an. Belastete Luft bedroht die gesundheitliche Widerstandskraft der Menschen. Im Netz der Natur, das die Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen der Menschen bildet, klaffen immer größere Löcher. Wir erleben in Deutschland derzeit einen der trockensten Frühlingsanfänge der letzten Jahrzehnte. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft werden davon womöglich mit Wucht getroffen, bevor Corona auch nur halbwegs überwunden ist. Unser Handeln muss vorausschauender werden, um Krisen frühzeitiger zu erkennen und unser Handeln muss widerstandsfähigere Systeme für die Zukunft aufbauen.

Die zunehmende Globalisierung und das damit einhergehende Wachstum des Handels, der Transport von Lebensmitteln, Gütern und Tieren über den gesamten Erdball, die vielen Flugreisen und die Just-In-Time-Produktion gefährden nicht nur die Umwelt, sondern machen wirtschaftliche Abläufe krisenanfällig. Die globale Vernetzung ist ein Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung und eine gerechte Teilhabe, überschreitet aber längst die ökologischen Grenzen. Vieles spricht daher für möglichst regionale Wirtschaftskreisläufe und kurze Lieferketten. Dies minimiert Verbrauch von Ressourcen und Energie ebenso wie die Anfälligkeit für Störungen, die anderswo in der Welt auftreten.

Für die Bewältigung weltweiter Krisen, zugleich mehr europäische und internationale Solidarität und Kooperation gefragt. Nur gemeinsam schaffen wir es aus der Corona-Krise. Nur gemeinsam schaffen wir es auch aus der großen Umweltkrise.

Um gegen Erderwärmung und Artensterben wirksam vorzugehen und um eine zukunftsfähige und widerstandsfähige Wirtschaft aufzubauen, müssen wir jetzt dringend neue politische Konzepte entwickeln und diese mit effektiven Maßnahmen umsetzen. Es braucht ein Corona-Programm für die Erholung der Wirtschaft mit einem Ausbau der öffentlichen Für- und Vorsorge zum Beispiel im Gesundheitssektor. Aber wir brauchen auch ein Gesundheitsprogramm für unseren Planeten. Hierfür dürfen wir die Umsetzung wichtiger nationaler und internationaler Vorgaben und Vereinbarungen, die bereits vor der Pandemie geplant waren, nicht aus den Augen verlieren. Einige Beispiele sind der europäische „Green Deal“, die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und das Insektenschutzgesetz. Denn eine Gewissheit hat sich in der Corona-Krise erneut bestätigt: Je früher wir die Gefahren erkennen, ernst nehmen und handeln, desto geringer werden die negativen Folgen für uns und unseren Planeten. **Wer jetzt ein Aufschieben, Abschwächen oder Abwickeln von Umweltzielen fordert, könnte nicht tragischer irren. Wir haben jetzt ein kleines Zeitfenster mit der Chance bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise gegen künftige vorzubeugen.**

Grundlegende Weichenstellungen für ein Corona-Erholungsprogramm

Politik und Gesellschaft sind aufgerufen, das sich jetzt bietende Zeitfenster zu nutzen. Unsere grundlegenden Anforderungen an ein Corona-Erholungsprogramm, das zu einer gesunden und krisensicheren Zukunft führt, beschreiben wir im Folgenden.

Wir können und müssen die Wirtschaft nach dem Schock der Pandemie wiederbeleben. Wir haben jetzt die Chance, dies so zu tun, dass sie nach der Krise widerstandsfähiger und zukunftsfähiger ist. Auch um andere globale Krisen besser zu meistern. Dies bedarf großer Anstrengungen und gelingt umso besser, je mehr Menschen mitmachen. Viele Branchen müssen jetzt – schneller als manchen davon recht ist – ihre Geschäftsmodelle überholen und von gewohnten, aber ökologisch schädlichen Subventionen und Steuererleichterungen Abstand nehmen. Denn eins ist klar: **Ein gesunder Planet ist systemrelevant und wir müssen für ihn (vor-)sorgen.**

In der Corona-Krise suchen Politiker*innen und Journalist*innen den Rat und den engen Austausch mit der Wissenschaft. Dies sollten wir auch im Umgang mit ökologischen Herausforderungen verfolgen. Entscheidungen müssen von demokratisch gewählten Politiker*innen getroffen werden, handlungsleitend sollten aber die anerkannten Erkenntnisse der Wissenschaft sein. Gerade wenn es um den Umgang mit der Natur geht, die ihren Gesetzmäßigkeiten folgt. Epidemien, Ökosysteme und die Erdatmosphäre verhandeln nicht.

Die Bundesregierung und die Europäische Union müssen die Transformation der Wirtschaft mit entschlossenen Maßnahmen vorantreiben. Das jetzt und in naher Zukunft eingesetzte Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Nötig sind Maßnahmen, die sowohl kurzfristig Impulse für die Erholung der Wirtschaft geben als auch solche, die langfristig Weichenstellungen einleiten. Der Eindämmung der Klimakrise, aber auch der Bekämpfung des gravierenden Verlustes weiterer Lebensgrundlagen einschließlich des Artensterbens muss endlich ein wirklich starkes Gewicht beigemessen werden.

Der NABU fordert die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, für die politischen Weichenstellungen zur Bewältigung der Corona-Krise, die folgenden Eckpunkte als Grundlage des Handelns zu nutzen:

Jetzt den Wandel beschleunigen und nachhaltig gestalten

Es ist an der Zeit, die großen Modernisierungsprozesse von Industrie und Wirtschaft in Deutschland und Europa zu wagen. Nur wenn sich die EU dabei international an die Spitze setzt, hat sie die Chance global zum Vorbild für zukunftsfähige Entwicklung zu werden und Chancen als Treiber von Innovationen zu nutzen. Dazu gehört eine grundlegende **Reform der europäischen Agrarpolitik** genauso wie die Beschleunigung der **Energiewende und mehr Energieeffizienz im Gebäudesektor**. Dies umfasst auch neue globale und europäische **Biodiversitätsstrategien**, die den Schutz verbliebener und die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme in den Mittelpunkt stellen ebenso wie verschärfte Klimaziele für die EU und Deutschland. In dem gemeinsamen Ziel, die bundesweite **Mobilitätswende** voranzubringen, spielen die Förderung von Elektromobilität und der Ausbau des öffentlichen Personen- und Fernverkehrs auf dem Land eine bedeutende Rolle. Und schließlich muss endlich eine funktionierende, möglichst regionale, **Kreislaufwirtschaft** in die Tat umgesetzt werden. Wir können es uns schon heute nicht mehr leisten, Ressourcen weiter zu verschwenden. Ressourcen zu schonen

und in möglichst geschlossenen Kreisläufen wiederzuverwenden, sichert die Rohstoffbasis für den Wirtschaftsstandort Deutschland und unsere Lebensgrundlagen.

Konjunkturmaßnahmen können und müssen hier konkret dazu beitragen, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch Agrarbetriebe, die sich auf Klima- und Naturschutz ausrichten wollen, bei der Umstellung und Neuorientierung unterstützt werden. Notwendig sind dazu neue oder reformierte Förderprogramme, die die betriebswirtschaftliche Beratung ebenso ermöglichen, wie die Anschaffung von Maschinen und Geräten sowie die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen.

An den gemeinsamen Klima- und Umweltzielen ambitioniert festhalten

Mit den globalen Nachhaltigkeitszielen, dem Pariser Klimaschutzabkommen und der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt haben sich alle Regierungen zur Eindämmung der großen Umwelt- und Klimakrise verpflichtet. Die letzte Europawahl hat gezeigt, dass eine große Mehrheit der Menschen sich für Klimaneutralität und Naturverträglichkeit ausspricht. Auch die Jugend der Welt mahnt dies mit der Fridays-Future-Bewegung an. Der von der EU-Kommission entwickelte "Green Deal" kann eine gelungene Vereinigung von Umwelt- und Klimaschutz mit der Sicherung von wirtschaftlichem Wohlstand und Investitionssicherheit für Unternehmen werden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt machen. Dafür muss sie einen großangelegten Plan zur Renaturierung geschädigter Ökosysteme und zum Erhalt der Artenvielfalt vorlegen. Die Bundesregierung fordern wir auf, den europäischen „Green Deal“ weiterhin entschlossen umzusetzen und gegen diejenigen zu verteidigen, die jetzt die Corona-Krise für einen ökologischen Rollback nutzen wollen.

Ernst machen

Wir müssen es endlich ernst meinen mit der Einhaltung der Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele. Dafür müssen Politik und Behörden auf der Bundes- und Landesebene selbst stringent und vorbildhaft handeln. Für die Privatwirtschaft muss ein geeigneter und verlässlicher Rahmen für nachhaltiges Handeln geschaffen werden. Öffentliche Investitionen und die öffentliche Beschaffung müssen deshalb konsequent Nachhaltigkeitszielen und -standards folgen und dürfen der Umwelt nicht wie bisher schaden. Ein zeitgemäßer Rahmen für die Wirtschaft beinhaltet neben Verboten auch Finanzmechanismen, wie den CO₂-Preis, die den Ressourcenverbrauch oder Umweltschäden in die Produktionskosten einbringen. Staatliche Subventionen dürfen nur noch dann vergeben werden, wenn sie erstens ihren Beitrag zum ökologischen Wandel leisten und zweitens global und gegenüber allen Generationen gerecht sind. Unternehmen, die sich umweltschädlich verhalten, dürfen für ihr gefährliches Handeln nicht mit Subventionen belohnt werden. Die gestartete EU-Initiative für eine einheitliche Bewertung der Nachhaltigkeit von Investitionen muss deshalb schnellstmöglich auch in Deutschland umgesetzt werden.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft für Initiativen nutzen

Die Corona-Krise verursacht in vielen anderen Ländern der Welt noch mehr Leid und ökonomischen Schaden als bei uns in Deutschland. Autoritäre Staaten innerhalb und außerhalb der EU nutzen die Krise zur Repression der Zivilgesellschaft und unterdrücken Demokratie, Justiz und die Freiheitsrechte der Menschen. Als eines der reichsten Länder der Welt steht Deutschland in der Pflicht, global solidarisch mit den Schwäch-

ten zu sein. Der NABU fordert die Bundesregierung deshalb dazu auf, in ihrer kommenden EU-Ratspräsidentschaft eine gesamteuropäische Initiative zur Förderung und zum Schutz gemeinnütziger Organisationen im Gesundheits- und Umweltbereich ins Leben zu rufen. Hierbei müssen die deutschen Ministerien für Entwicklung, Umwelt und Gesundheit mit einer Anpassung ihrer Förderprogramme vorangehen.

Investitionen für eine bessere Zukunft – Sofortmaßnahmen als Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise und der Umwelt-Krise

Die grundlegende klimaneutrale und naturverträgliche Modernisierung der deutschen und europäischen Wirtschaft und ihrer wichtigen Industriebranchen muss im Zentrum der Anstrengungen stehen, die jetzt für die Wiederbelebung der Konjunktur gemacht werden. In Ergänzung macht der NABU einige Vorschläge für sofort umsetzbare Maßnahmen, die zu einer grünen, gesunden und sicheren Zukunft in Deutschland beitragen.

„E-Mobil“ auf dem Land: Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben

Im ländlichen Raum stößt der Ausbau eines attraktiven und effizienten öffentlichen Personennahverkehrs vielerorts an Grenzen. In dünn besiedelten Regionen wird der Individualverkehr auch künftig eine größere Rolle als in den Städten spielen. Trotzdem wird Elektromobilität derzeit vor allem in großen Städten erprobt und die entsprechende Infrastruktur ausgebaut. Dabei sind die Reichweiten von batterieelektrischen Fahrzeugen längst ausreichend, um den klassischen Pendlerverkehr im ländlichen Raum abzudecken. Die Eigentums- und Siedlungsstruktur des ländlichen Raums eignet sich ohnehin hervorragend für einen beschleunigten Umstieg auf Elektromobilität – in Kombination mit der Produktion des eigenen Fahrstroms aus erneuerbaren Energien. Folglich könnten Investitions- und Abschreibungsprogramme die Installation von Solarstrom (Photovoltaik, PV)-Anlagen gemeinsam mit entsprechenden Förderprogrammen für Ladestationen in der heimischen Garage anreizen. Wer beim Kauf eines Elektroautos die Installation einer eigenen PV-Anlage und Ladestation belegen kann, erhält einen zusätzlichen Kaufzuschuss und kann die damit verbundenen Handwerkerkosten vollständig von der Steuer absetzen. Das Förderprogramm sollte bis ins Jahr 2030 reichen und so ausgerichtet sein, sieben Millionen Haushalte zu erreichen.

Gut bedacht: Eine Million Dächer klimafreundlich gestalten

Schätzungen zufolge sind derzeit in Deutschland die Dächer von etwa zehn Millionen Gebäuden sanierungsbedürftig. Etwa ein Fünftel dieser Dachflächen sind geeignet für die Gewinnung von Strom (Photovoltaik, PV) und Wärme (-Solarthermie) aus der Sonne. Mit einem großangelegten Sanierungsprogramm können eine Million Dächer fit für die Zukunft gemacht werden: Neben der energetischen Sanierung zur Steigerung der Energieeffizienz der Gebäude, sollen die Installation von Dach-PV-Anlagen oder solarthermischen Anlagen gefördert werden. Neue Flachdächer, die energetisch nicht genutzt werden können, sollen begrünt werden und so neben der Dämmwirkung und dem sommerlichen Wärmeschutz auch einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt vor allem im urbanen Raum beitragen. Die Bezuschussung von 50 Prozent der anfallenden Kosten schafft Anreize zur Beauftragung von Handwerkerleistungen. Das Programm benötigt ein Gesamtvolumen von rund 10 Milliarden Euro, um wirksam sein zu können.

Fünftausend lebendige Bäche: Renaturierung von Fließgewässern als Vorsorge gegen Hochwasser, Trockenheit und Artensterben

Kleine Fließgewässer mit ihren Auen und den sie begleitenden Grundwasserkörpern verlangsamen den Abfluss des Wassers und speichern dieses bei Starkregen. Renaturierung von Bächen ist damit wirksamer Hochwasserschutz. In Trockenzeiten wird das gespeicherte Wasser abgegeben. Dieses gewährleistet die Wasserversorgung für Wälder und Landwirtschaft. Darüber hinaus bilden Fließgewässer die zentralen Achsen eines landesweiten Netzes von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen. Nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) müssen bis 2027 alle Gewässer in einen guten Umweltzustand gebracht werden. Das Programm „Fünftausend lebendige Bäche für Mensch und Natur“ kann dazu beitragen und gleichzeitig unzählige lokale Entwicklungsimpulse geben. Im Zuge des Programms, das sich an Kommunen und Wasserverbände richtet, werden fünftausend Bäche ausgewählt und renaturiert. Das Programm soll mit 1,25 Milliarden Euro ausgestattet werden.

Zukunft sichern: Biodiversitätsfördernde und ingenieurbio-logische Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung in Siedlungen und Städten

Kommunen, insbesondere Städte, sind in hohem Maße für Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig sind sie von Auswirkungen des Klimawandels (z. B. Starkregen, Hitze, Trockenheit) sehr stark betroffen. Das Spektrum der möglichen Maßnahmen beinhaltet neben rein ingenieurtechnischen auch ingenieurbio-logische. Mehr Grün in der Stadt verbessert das Klima, dient der Gesundheit und fördert die Artenvielfalt. Der NABU schlägt ein Förderprogramm für Kommunalverwaltungen, Wohnungsunternehmen und Gewerbebetriebe vor, die bereit sind, ihre Außenflächen klima- und naturgerecht umzugestalten.

Wärmewende: Abwrackprogramm "Wärmepumpen statt umweltschädlicher Ölheizungen"

In Deutschland sind immer noch knapp fünf Millionen Ölheizungen installiert. Das ist mehr als jede vierte Heizung. Die Technik ist veraltet und wird nach Maßnahmen des Klimapakets ohnehin ab 2026 nicht mehr neu eingebaut werden dürfen. Ein Austausch alter Ölheizungen gegen Wärmepumpen ist aber auch schon deutlich früher gut für unser Klima. Der Austausch einer Ölheizung gegen eine Wärmepumpe soll zu maximal 50 Prozent und maximal 10.000 Euro bezuschusst werden. Mit einem Gesamtvolumen von 5 Mrd. Euro werden bis zu 500.000 Ölheizungen in Deutschland erneuert. Neben dem Beitrag zur Wärmewende stimuliert die Prämie den Markt für Wärmepumpen und schafft Anreize für die Beauftragung von Handwerkerleistungen.

Stopp der Lichtverschmutzung: Insekten- und klimafreundliche Beleuchtungen im öffentlichen Raum

Deutschlandweit werden in rund 14.000 Kommunen fast 10 Millionen Straßenleuchten betrieben. Hinzu kommen Beleuchtungseinrichtungen auf gewerblich oder industriell genutzten Flächen, auf Sportanlagen oder Denkmälern in einer nicht näher bekannten Größenordnung. Allein der jährliche Energieverbrauch von Straßenbeleuchtungen beträgt rund vier Terawattstunden. Kunstlicht in falscher Qualität und Intensität zur falschen Zeit am falschen Ort wirkt sich negativ auf die Lebensbedingungen vieler Tiere und Pflanzen aus. Es verursacht aber auch Störungen des Tag-Nacht-Rhythmus des Menschen und beeinträchtigt damit die Gesundheit. Darüber hinaus belastet der Energieverbrauch – je nach Herkunft des Stroms – Klima und Umwelt. Gefördert werden soll die Umstellung und der Austausch hin zu klima- und

biodiversitätsfreundlichen Außenbeleuchtungen im kommunalen, gewerblichen und industriellen Bereich einschließlich der damit verbundenen Planungen.

Mikroschadstoffe und Mikroplastik ade: Kläranlagen fit machen und Regenwasser reinigen

In Deutschland wird nahezu 100 % des kommunalen Abwassers behandelt. Die derzeitigen Verfahren eliminieren jedoch nicht Mikroschadstoffe wie Chemikalien aus Reinigungsmitteln, Arzneimittel, oder Biozide. Deshalb sollte die Einführung einer vierten Reinigungsstufe bei allen Kläranlagen gefördert werden. Dies wäre ein zentraler Baustein, um die unsichtbare Umweltgefahr Mikroschadstoffe wirksam zu minimieren. Parallel dazu muss die Verwendung von Mikroplastik in allen Kosmetikprodukten und Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln verboten und die Verwendung von schwer abbaubaren Polymeren stark eingeschränkt werden. Verstärkt investiert werden sollte auch in die Reinigung von Regenwasser aus Siedlungsbereichen. Dieses wird größtenteils ungeklärt direkt in die Gewässer eingeleitet. Dabei führt es hohe Frachten von Mikroplastik aus Reifenabrieb, von Plastikflaschen und Verpackungen oder Fassadenfarben mit sich und gelangt in Ökosysteme und die Nahrungskette.

Munitionsaltlasten im Meer: Technische Innovation trifft Umweltschutz

Millionen Tonnen Munitionsaltlasten liegen am Grund von Nord- und Ostsee. Während Munitionskörper im Salzwasser korrodieren, Giftstoffe freisetzen und Experten davor eindringlich warnen, scheitern Bund und Länder bislang an einer gemeinsamen Strategie der Räumung und Entsorgung. Eine tickende Zeitbombe. Deutsche Firmen und wissenschaftliche Institutionen haben in den vergangenen Jahren wertvolle Erfahrungen bei der Munitionsräumung im Rahmen großer Infrastruktur- und Forschungsprojekte gesammelt. Ihr Knowhow kann helfen, unabsehbare Gefahren für uns Menschen und das Ökosystem Meer abzuwenden, den Technologiestandort Deutschland zu stärken und Wertschöpfung in den Küstenländern zu sichern. Bund und Länder müssen ein Sofortprogramm für die Bergung von Kriegsaltslasten auf den Weg bringen und finanziell absichern. In einem ersten Schritt braucht es 100 Millionen Euro. Dringend benötigtes Geld für ein Pilotprojekt der umweltverträglichen Räumung. Gleichzeitig muss in zusätzliche Entsorgungskapazitäten investiert und der Bau einer gemeinsam zu nutzenden mobilen (oder stationären) Detonations- und Verbrennungskammer beauftragt werden.

Sonne ernten, Insekten schützen: Photovoltaik und Biodiversität in der Landwirtschaft

Die Flächenanteile, die landwirtschaftliche Betriebe für den Erhalt der Artenvielfalt reservieren müssen, werden mit der kommenden EU-Agrarreform größer werden. Statt Mais, Raps oder Rüben wird mehr Lebensraum für Insekten und Vögel geschaffen. Mit neuen Formen der Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen können – unter der Bedingung, dass sie richtig geplant und bewirtschaftet werden – auch Landwirtschaft, die Artenvielfalt und Solarenergie miteinander verbunden werden. Mit einem Sonderprogramm sollen die Rahmenbedingungen für naturverträgliche Photovoltaik-Anlagen in landwirtschaftlichen Betrieben, die sowohl der Artenvielfalt als auch der Solarenergienutzung dienen, entwickelt werden.